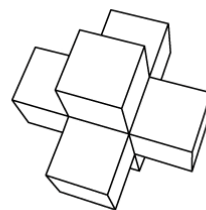


Eine Schweiz
in Bewegung
–
Eine erfolgreiche
Schweiz

Leistung muss sich lohnen – vor allem in der Bildung

Positionspapier der FDP Schweiz
vom 1. April 2006



Die wachsende Schweiz
Die intelligente Schweiz
Die gerechte Schweiz
Die offene Schweiz

FDP
Wir Liberalen.

www.intelligenteschweiz.ch

Qualität, Leistungsbereitschaft und Chancengleichheit: die Projekte der FDP Schweiz im Bereich der Schulbildung

Das Erfüllen der Zielsetzungen in der Bildungsverfassung sowie die Umsetzung der Schweizweiten Harmonisierung der Volksschule durch die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) sind eine wichtige Voraussetzung für ein exzellentes Bildungswesen. Strukturelle Anpassungen und die Vereinheitlichung von Ausbildungsstandards reichen alleine jedoch bei weitem noch nicht aus, um die Qualität der Schweizer Schulbildung zu verbessern und ein System zu schaffen, in dem echte Chancengleichheit herrscht und sich Leistung wirklich lohnt. Wenn wir in der Schulbildung Exzellenz anstreben, so müssen wir sowohl für die Kinder und deren Eltern als auch für die Lehrerschaft Anreize schaffen, damit diese ihre Chancen wahrnehmen, ihre Ziele hoch stecken und so

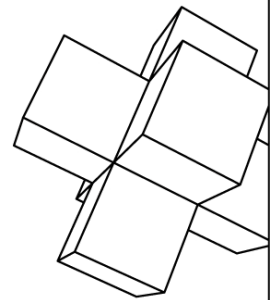
früh als möglich wertvolles Wissen und Erfahrungen für die berufliche und persönliche Zukunft erlangen – respektive vermitteln – können. Dabei ist das Erlangen einer fundierten und breit gefächerten Allgemeinbildung von grosser Bedeutung: Geisteswissenschaften sowie musische und gestalterische Fächer müssen deshalb in gleicher Weise gefördert werden wie die exakten Wissenschaften. Dies im Interesse der Kinder und Jugendlichen, deren Schulbildung das Fundament ist für individuelle Lebenspläne, Selbstverwirklichung und beruflichen Erfolg, aber auch im Interesse einer „Intelligenten Schweiz“, die weiss, dass ihr Zukunftspotenzial in gut ausgebildeten Arbeitskräften, höchstqualifizierten Spezialisten sowie Investitionen im Be-

reich der Forschung und Entwicklung liegen muss.

Die FDP Schweiz will die Anreize im Bildungswesen dergestalt setzen, dass Qualitätssteigerung, Leistungsbereitschaft und Chancengleichheit im

Schulalltag zur Realität werden. Die FDP-Delegiertenversammlung vom 1. April 2006 hat sechs Projekte und zehn daraus resultierende Forderungen im Bereich der Schulbildung verabschiedet.

**Die Schweiz braucht
das bestmögliche
Bildungswesen.**





1. Gleiche Startbedingungen und individuelle Förderung als Credo der Chancengleichheit

Wenn die FDP in der Bildungspolitik Chancengleichheit fordert, so ist damit nicht zu verstehen, dass möglichst allen eine Hochschulausbildung ermöglicht werden soll. Die FDP fordert vielmehr, dass für alle Kinder und Jugendliche die gleichen Startbedingungen geschaffen werden, damit später eine Dif-

ferenzierung nach individuellem Willen und persönlichem Können ermöglicht werden kann. Es ist auch die Forderung nach einer Chancenvielfalt sowie der Gleichwertigkeit von verschiedenen Ausbildungswegen.

Um fremdsprachigen Kindern bei der Einschulung die gleichen Startbedingungen zu ermöglichen, wie sie die einheimischen Kinder haben, fordert die FDP eine gezielte sprachliche Schulung noch vor

dem Primarschuleintritt¹. Das Erlernen der Standard- oder Unterrichtsprache muss somit bereits im Kindergarten, in einer Basisstufe oder in einer Kinderkrippe erfolgen; auch ist das Angebot eines speziellen Kinderhorts für Fremdsprachige mit dem Ziel eines raschen Spracherwerbs zu prüfen.

*Forderung 1a:
Der Sprachunterricht (Standard- resp. Unterrichtssprache) für fremdsprachige Kinder soll bereits vor dem Eintritt in die obligatorische Schule gezielt gefördert werden, damit diese bei der Einschulung die gleichen Startchancen haben wie die einheimischen Kinder.*

Schulen mit Tagesstrukturen (Blockzeiten, Mittagstisch und Tagesschulen) sind nicht zuletzt auch unter dem Aspekt der Chan-

¹ Diese Forderung richtet sich auf das heute bestehende Schulsystem aus, in welchem der Eintritt in die obligatorische Primarschule im Durchschnitt nicht vor dem erfüllten 6. Altersjahr erfolgt.

chengleichheit zu fördern. Sie vereinfachen die Integration sowohl ausländischer als auch einheimischer Kinder in den Schulalltag und ermöglichen es beiden Elternteilen, berufstätig zu sein.

Aus Sicht der FDP soll jede und jeder gemäss seinen Fähigkeiten gefördert werden; das gilt sowohl für in speziellem Masse begabte Schülerinnen und Schüler als auch für schulisch schwächere Kinder. Für Kinder mit sehr schneller Auffassungsgabe muss es möglich sein, die obligatorische Schulzeit (von heute 9 Jahren) schneller zu durchlaufen. Im Gegenzug soll lernschwächeren Kindern der Zugang zu Kleinklassen für die individuelle Förderung und allenfalls auch eine Verlängerung der Grundschulausbildungszeit ermöglicht werden. Bei einem Klassenwechsel dürfen die sozialen Komponenten nicht ausser Acht gelassen werden, weshalb die Kinder entsprechend begleitet werden müssen.

*Forderung 1b:
Das Augenmerk soll verstärkt auf die gezielte Förderung von besonders begabten Schülerinnen und Schülern einerseits und die Lernunterstützung für schulschwache Kinder andererseits gelegt werden (inkl. optionaler Verkürzung/Verlängerung der obligatorischen Schulzeit).*

2. Frühere Einschulung

Die FDP fordert, dass die obligatorische Schulpflicht vorverlegt wird, damit die Kinder früher eingeschult werden können. Damit unterstützt sie namentlich die Forderung der EDK (im Rahmen eines neuen schweizerischen Schulkonkordats), welche den Besuch des Kindergartens oder einer so genannten Eingangsstufe (Grund- oder Basisstufe) für Kinder ab dem erfüllten 4. Altersjahr (Stichtag: 30. Juni) als obligatorisch erklärt. Erstes schulisches Lernen soll – je nach Fähigkeiten des Kindes – bereits auf dieser

Stufe möglich werden. Während dieser ersten Jahre können die Schülerinnen und Schüler am wirksamsten unterstützt werden; dies gilt insbesondere auch für Kinder mit Lernschwierigkeiten oder einem bildungsfernen soziokulturellen Hintergrund.

*Forderung 2:
Die obligatorische Schulpflicht soll vorverlegt werden, indem die Kinder neu bereits ab dem erfüllten 4. Altersjahr in einem Kindergarten oder in einer Eingangsstufe eingeschult werden.*

3. Evaluation und Vergleichbarkeit von Leistungen

Die FDP fordert, dass auf allen Schulstufen Noten (wieder) eingeführt werden. Die Notengebung ist ein für Kinder, Eltern und Lehrpersonen klares und einfach nachvollziehbares Evaluationssystem. Kinder lernen so bereits während der Primarschule mit Leistungsdruck umzugehen. Missverständnisse sprachlicher oder persönlicher Natur (bspw. im Zusammenhang mit Stufenübertritten) können einfacher verhindert werden.

Das Notensystem muss sich nach Schweizweit einheitlichen Ausbildungszielen (pro Schulstufe) ausrichten, damit die Vergleichbarkeit der Leistungen gewährleistet wird; bei sprachlichen Fächern sind sprachregionale Leistungsziele zu berücksichtigen.

*Forderung 3:
Auf allen Schulstufen soll ein Benotungssystem eingeführt werden, das sich nach Schweizweit einheitlichen Ausbildungszielen ausrichtet.*



4. Investition in Lehrpersonen und die Bildungsvermittlung

Eine optimale Ausbildung der Lehrpersonen sowie deren Möglichkeiten zur permanenten Weiterbildung sind die Voraussetzung dafür, dass die Qualität der Wissensvermittlung und somit auch des Schulunterrichts gesteigert werden kann. Die FDP fordert, dass vermehrt in die Bildung derjenigen Personen, welche unseren Kindern Schulbildung vermitteln, investiert werden soll. Im Gegenzug soll das Bewusstsein der Lehrpersonen für die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts gestärkt werden, damit die Kinder und Jugendlichen in der Schule gezielter auf ihre berufliche Zukunft vorbereitet werden können.

Die Lehrerinnen und Lehrer sollen sich auf ihre Kernaufgabe konzentrieren können: qualitativ hochstehende Bildungsvermittlung, erzieherische Aufgaben im bildungsnahen Bereich, individuelle Förde-

rung der Kinder, etc. Die verfügbaren Gelder müssen deshalb gezielt in den Schulunterricht fließen und nicht in aufgeblähte Verwaltungsapparate oder luxuriöse Schulbauten.

Forderung 4:

Es soll vermehrt in die Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen sowie gezielt in die Bildungsvermittlung in den Schulzimmern investiert werden.

5. Exzellenz im (Fremd)Sprachenunterricht

Die FDP spricht sich gezielt gegen Lernverbote aus und bekämpft die in einigen Kantonen lancierten Initiativen für eine Unterrichtsbeschränkung auf nur noch eine Fremdsprache während der obligatorischen Schulzeit.

Forderung 5a:

Die FDP sagt faktischen Lernverboten in allen Themenbereichen der Schul-

bildung generell den Kampf an.

Die FDP fordert, dass in der Primarschule so früh als möglich mit dem (Fremd)Sprachenunterricht begonnen wird. Wenn keine pädagogischen Einwände geltend gemacht werden, sollte sogar ein (spielerischer) Sprachenunterricht in der Vorschulstufe (Kindergarten oder Basisstufe) ermöglicht werden². Die Diskussion, ob in der 3. Klasse mit einer zweiten Landessprache oder mit Englisch begonnen und ab der 5. Klasse die zweite Fremdsprache unterrichtet werden soll, läuft in eine falsche Richtung. Das Motto muss vielmehr lauten: je früher, desto besser! Kinder aus zweisprachigen Familien beweisen, dass ihnen der Spracherwerb in noch ganz jungen Jahren sehr leicht fällt – diese Chance gilt es nun für alle

² Mit der Vorverlegung der obligatorischen Schulzeit (siehe Forderung 2) würde der Fremdsprachenunterricht in der Vorschulstufe durch den entsprechenden Unterricht ab dem ersten obligatorischen Schuljahr (Eingangsstufe) ersetzt.

Kinder wahrzunehmen und sie frühzeitig sprachlich zu fördern.

*Forderung 5a:
Ein frühestmöglicher (auch spielerischer) Fremdsprachenunterricht für Kinder muss in der Primarschule gezielt gefördert werden.*

In der Deutschschweiz ist ein besonders Augenmerk auf den Deutschunterricht der Kinder mit Muttersprache Schweizerdeutsch zu legen: Wen die Jugendlichen nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit die deutsche Sprache beherrschen sollen, führt kein Weg an der konsequenten Verwendung der Standardsprache Hochdeutsch ab Kindergarten resp. Basisstufe vorbei; der Dialekt kann weiterhin im Umgang mit Familie und Freunden gepflegt werden, nicht aber im Schulunterricht.

*Forderung 5c:
In der Deutschschweiz soll der Unterricht bereits ab Kindergarten oder Basis-*

stufe in der Standardsprache Hochdeutsch durchgeführt werden.

Am Ende der obligatorischen Schulzeit müssen die Jugendlichen in zwei Landessprachen (Muttersprache und Fremdsprache) sowie in einer weiteren Fremdsprache klar definierte Qualitätsstandards erreichen. Sprachaufenthalte in einem anderen Landesteil oder im Ausland tragen zur Verinnerlichung von Fremdsprachen bei; diese müssen deshalb für alle Kinder und Jugendlichen ermöglicht werden (nicht nur für besserverdienende Familien). Vor dem Schulaustritt ist eine Abschlussprüfung (nicht nur bzgl. der Sprachkenntnisse, sondern in allen Hauptfächern) in Erwägung zu ziehen, deren Resultate auch bei der Suche nach einer Lehrstelle oder einer andern Weiterbildungsmöglichkeit hilfreich sein können.

Forderung 5d:

Am Ende der obligatorischen Schulzeit sollen schweizweit verbindliche Qualitätsstandards für die Sprachkenntnisse in der Mutter- resp. Standardsprache, in einer zweiten Landessprache sowie in einer weiteren Fremdsprache vorausgesetzt werden (Dreisprachigkeit).

In der Sekundarschule (Stufe II) und auf Gymnasialstufe müssen diese Sprachkenntnisse weiter ausgebaut werden. Aus Sicht der FDP muss in der Mittelschule auch der Themenunterricht (z. B. Geschichte, Geographie, Biologie, etc.) in einer Fremdsprache das Ziel sein. Im Rahmen der obligatorischen Schulpflicht soll ein Fachunterricht in Fremdsprachen nicht zwingend vorgeschrieben werden, doch soll dieser auch dort grundsätzlich möglich sein. Es ist deshalb in die entsprechende Ausbildung und Weiterschulung der Lehrpersonen zu investieren.

6. Freie Schulwahl – vorerst auf Gymnasialstufe

Die FDP fordert, dass kantonale/regionale Pilotprojekte zur Einführung der freien und unentgeltlichen Schulwahl auf Gymnasialstufe durchgeführt werden. Diese freie Schulwahl ist auf die öffentlichen Gymnasien beschränkt. Voraussetzung dafür ist ein schweizweit einheitliches und kontrolliertes Zielniveau der Maturitätsprüfung. Die Gymnasien stehen somit in einem wettbewerblichen System, das der Qualitätssteigerung dienlich ist. Die freie Schulwahl auf Gymnasialstufe fördert (bereits vor einer Hochschul- oder Berufsausbildung) den Entscheidungswillen und die Flexibilität der angehenden Maturandinnen und Maturanden.

chen Gymnasien) geprüft und im Falle positiver Erfahrungen auch eingeführt werden.

Das liberale Gedankengut würde zwar zu einer freien Schulwahl in allen Schulstufen tendieren, doch könnte ein solcher Liberalisierungsschritt in der obligatorischen Schule zu erheblichen gesellschaftspolitischen Problemen führen (Segregation gewisser Quartiere in Städten und Agglomerationen, Integrationsprobleme, etc.). Im Zusammenhang mit dem Angebot von Tagesschulen muss die freie Schulwahl für berufstätige Eltern jedoch gewährleistet werden.

*Forderung 6:
Auf Gymnasialstufe soll mittels kantonaler / regionaler Pilotprojekte die freie Schulwahl (unter öffentli-*

Diese Forderungen betreffen in erster Linie den Kompetenzbereich der Kantone. Die FDP Schweiz erachtet es jedoch als wichtig, auf nationaler Ebene eine Marschrichtung vorzugeben. Gemeinsam mit den freisinnigen Politikerinnen und Politikern in Kantonen und Gemeinden will die FDP Schweiz für Qualitätssteigerung, Leistungsbereitschaft und Chancengleichheit in der Schulbildung kämpfen. Die zuständigen Akteure und Institutionen sind bei der Erarbeitung und Umsetzung der entsprechenden Massnahmen zu unterstützen. Im Interesse einer „Intelligenten Schweiz“.



Angenommen durch die
Delegiertenversammlung
der FDP Schweiz
vom 1. April 2006